

Ühner Zeitung.

Nr. 25

Donnerstag, den 30. Januar

1902

Deutscher Reichstag.

128. Sitzung am Dienstag, 28. Januar 1902.
Im Thicke des Bundesrathes: Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky.

Präsident Graf Ballerstrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Präsident Graf Ballerstrem: Seine Majestät der Kaiser hat die Glückwünsche des Reichstags fulbollst entgegengenommen und mich beauftragt, seinen Dank dem Hause auszusprechen.

Der Präsident macht sodann dem Hause die Mitteilung von dem Ableben des Grafen Klinkowström. Ich bitte die Anwesenden, sich von Ihren Sitzen zu erheben. Sie haben sich bereits erhoben, ich konstantiere das.

Eingegangen ist die Novelle über Beihilfungsarbeit im Gastwirtschafts- und Schankwirtschaftsgewerbe.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation Graf v. Hompesch u. Gen. betreffend die Aufhebung des Gesetzes über den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 sowie betreffend die Aufhebung des § 2 dieses Gesetzes.

Auf eine Frage des Präsidenten erklärt sich Graf von Posadowsky zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Bei Begründung der Interpellation erhält das Wort der Abg. Dr. Spahn (Ctr.): Derselbe erläutert zunächst die parlamentarische Geschichte des Jesuitengesetzes. Die Jesuitenfrage sei eine Frage des Rechts, der Billigkeit und der Menschlichkeit. Man habe die Angelegenheit mit dem Bollwerk in Verbindung gebracht. Das katholische Volk sei aber weit davon entfernt, eine so wichtige Sache mit wirtschaftlichen Dingen zu verquicken. Das Jesuitengesetz habe sich in seinen Wirkungen als ein verwerfliches, ungerechtes, geradezu widerstinkendes gezeigt. Durch das Gesetz würden nicht bloß Männer, sondern auch Frauen getroffen. Die in das Ausland verdrängten Jesuiten blieben doch auch dort Deutsche und seien die Verbreiter und Träger deutscher Kultur. In wissenschaftlichem Wirken stände der Jesuitenorden gerade jetzt wieder auf der vollen Höhe.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky: Als Stellvertreter des Herrn Reichskanzlers habe ich folgende Erklärungen abzugeben:

Die Anträge, welche Gegenstand der vorliegenden Interpellation sind, unterliegen der eingehenden Prüfung der einzelstaatlichen Regierungen. Von katholischer Seite ist wiederholt darauf hingewiesen, daß die Täglichkeit der Prediger-Ordens, insbesondere des Jesuiten-Ordens, zur Ergänzung und Unterstützung der geordneten parochialen Seelsorge in gewissen Fällen und in gewissen Landestheilen nicht entbehrt werden könne, daß in der australischen Thätigkeit jener Prediger-Ordens vielmehr eine nothwendige Forderung für die Bekämpfung der konfessionellen Bedürfnisse der katholischen Kirche steige. Andererseits hegen weite Kreise der protestantischen Bevölkerung auf Grund geschichtlicher Erinnerungen gegen die Wiederzulassung des Jesuiten-Ordens lebhafte Besorgnisse. Wenngleich unter den modernen einzestaatlichen Gesetzegebung über Staatskirchenrecht die Stellung der einzelnen Konfessionen eine wesentlich andere geworden ist, so bleibt doch die Thatsache bestehen, daß jene Besorgnisse ziemlich tief im Volkgemüth wurzeln. Man wird diesen Widerstreit der Meinungen auch nicht beseitigen können durch den Hinweis darauf, daß im modernen Staate die verschiedensten ethischen Richtungen im geistigen Kampfe ihr Gegengewicht und ihren Ausgleich finden müssen, und daß ein solcher Kampf die natürliche Voraussetzung für die fortgesetzte Auffrischung des geistigen Lebens einer Nation sei. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß die einzelstaatlichen Regierungen auf dem streitigen Gebiete erst nach reiflicher und langer Erwägung Entschlüsse fassen können gegenüber Anträgen, welche eine Abänderung des gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Zustandes anstreben. Es ist zu erwarten, daß sich die Verbündeten Regierungen noch im Laufe der gegenwärtigen Session zu der schwebenden Frage schlüssig machen werden. Es wird der Beschluß der Verbündeten Regierungen dem Reichstage demnächst in der bisher üblichen Weise mitgetheilt werden.

Auf Antrag des Abgeordneten Mützen (Ctr.) wird in die Besprechung der Interpellation eingegangen.

Abg. Dr. Stöckmann (Reichsp.): Hofft, daß die Regierung bald ein klares, bündigtes „Nein!“ auf die Anträge des Centrums erwidern wird. Wer sein Vaterland lieb habe, müsse gegen diese Anträge sein. (Oho! im Centrum.)

Abg. Bloß (Soz.): Seine Freunde seien, wie immer, gegen alle Ausnahmegerüste. Die Regierung treibe doch Weltpolitik. Wenn sie das haben wolle, so müsse sie auch eine Bewilligungspartei haben.

Das Centrum habe ja diese Rolle übernommen. Das beste Mittel wäre für das Centrum, es müßte in corpore in den Jesuitenorden eintreten.

Abg. v. Stadt (kons.): Die überwiegende Mehrheit der Konservativen könne den Antrag auf völlige Beseitigung der Jesuitengesetze zuzustimmen sich nicht entschließen; er würde in die große Mehrheit des deutschen Volkes Beunruhigung tragen.

Abg. Fürst Radziwill (Pole) unterstützt die Interpellation.

Abg. Büsing (natl.): Ein Theil seiner Freunde sei bereit, der Aufhebung des § 2 zuzustimmen. Alle halten die Aufrechterhaltung des § 1 für nothwendig.

Abg. Senator (fr. Vg.): Einige seiner Freunde seien für die Aufhebung des ganzen Gesetzes, einige nur für diejenige des § 2.

Abg. Richter (fr. Vp.): Seine Partei sei einstimmig für die Aufhebung des § 2: bezüglich des § 1 seien die Meinungen seiner Freunde getheilt.

Abg. Dr. Bachem (Ctr.): Der Bundesrat hat sich auf das Minimum beschränkt, das überhaupt denkbar ist. Soll in der Jesuitenfrage nicht nach Recht und Gerechtigkeit verfahren werden? Fühlt der Herr Reichskanzler nicht, wie er den Bundesrat und sich selbst blossstellt, wenn er keinen andern Grund hat, die Nichtstellungnahme des Bundesrates zu motivieren, als mit den Vergrößen der protestantischen Bevölkerung, die ihren Grund haben in früheren geschichtlichen Ereignissen? Die Jesuiten können ohne Deutschland auskommen, denn die Welt ist groß. Aber das Deutsche Reich kann niemals ohne Einschränkung ein Rechtsstaat genannt werden, solange eine Klasse von Staatsbürgern unter einem Ausnahmegesetz leidet.

Abg. Delsor (Eßässer) erklärt im Namen seiner Freunde sich für die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Abg. Stöcker (b. l. Fr.) beklagt die Ge hässigkeit und Gifigkeit der Pole mit zwischen den beiden christlichen Kirchen in Deutschland. Warum sollte es nicht wieder dahin kommen können, wie am Anfang des vorigen Jahrhunderts, wo die Mitglieder beider Kirchen bei den andern das Gute anerkannten?

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky erklärt auf eine Bemerkung des sozialdemokratischen Vorredners, daß der Bundesrat kein Parlament sei und daß jedes Mitglied desselben nicht seine persönliche Ansicht vertrete, sondern lediglich das von seiner Regierung ihm vorgesetzte Votum abgabe; infolgedessen werde es auch kaum der Fall sein, daß der Reichskanzler auf Grund eines Bundesratsbeschlusses die Kabinetsfrage stellen könnte.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Bachem, Schröder und Stöcker wird die Besprechung geschlossen.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Stats-Berathung beim Titel „Staatssekretär des Innern.“

Abg. Stolle (Soz.) erklärt: (Viele Abgeordnete verlassen den Saal.) Ich bleibe dabei, in den letzten Jahren geschah in Sozialpolitik so gut wie nichts. Eine Verordnung über Kinderarbeit soll uns erst jetzt zugehen. Die Rechte wirft uns Terrorismus vor, aber Terrorismus Unternehmer ist viel schlimmer. Verträge, geheime Klauseln, die der Centralverband seinen Mitgliedern zur Pflicht macht, sind geradezu gemengelgeschäftlich. In Sachsen wurden auf Grund dieser Klauseln vor Weihnachten Tausende von Arbeitern vor die Thür gejagt. Anstatt, daß die Regierung hier gegen einschreitet, droht sie Arbeitern bei Streiken mit blauen Bohnen. Auf der einen Seite geht die Polizei überaus scharf vor da, wo es sich um vermeinte Verfehlungen der Arbeiter handelt; auf der andern Seite übt sie den Arbeitgebern gegenüber die größte Nachsicht. Redner kommt sodann ausführlich auf die Berichte der Gewerbeinspektoren zu sprechen und behandelt besonders die Kinderarbeit.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtiger Dr. Fischer: Es ist besonderen Bemühungen der Gewerbeinspektoren gelungen, Weihnachten vorigen Jahres Arbeitgeber von Arbeitentlassungen abzuhalten. Was die Klauseln und Konventionalstrafen anbelangt, die zwischen Arbeitgebern vereinbart sind, so sind dies private rechtliche Abmachungen, in die die Regierung nicht einzutreden hat. Was die Einschränkung von Arbeiterversammlungen in Sachsen betrifft, so trägt hieran nicht die sächsische Regierung die Schuld, sondern die Gewerkschaften. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es wird höchstens zuweilen von den sächsischen Verwaltungsbüroden zu viel Wert auf die bauliche Beschaffenheit des Lokales gelegt. In der Revision von Fabrikbetrieben steht Sachsen an der Spitze, und das ist den Herrn Sozialdemokraten sehr unangenehm. (Lachen und Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, Sachsen revdiirt

73,6%, also die meisten Betriebe. (Wiederholte Zwischenrufe von den Sozialdemokraten.)

(Präsident Graf Ballerstrem bittet, den Herrn Bevollmächtigten zum Bundesrat nicht zu unterbrechen.) Glauben Sie denn in der That, daß unsere Gewerbeaufsichtsbeamten Schuldfind an ihrem nicht ganz günstigen Verhältnis zu den Arbeitern? Da findet nicht die Gewerbeinspektoren schuld, sondern die Verhetzung gegen die Gewerbeinspektoren, die von der Sozialdemokratie von vornherein als die Feinde der Arbeiter hingestellt werden.

Abg. Südekum hat in seiner neulichen Rede erklärt, ein höherer sächsischer Beamter hätte ihm gesagt, daß er unter solchen Missständen am liebsten auch Sozialdemokrat werden würde. Ich kann das wohl nicht eher glauben, als bis mir der Name des betreffenden Beamten genannt würde. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nebrigens ist dem Sezern und Korrektor des „Vorwärts“ die Sache selbst so bedenklich vorgekommen, daß sie in dem betreffenden Parlamentsbericht schon eine Korrekturengebracht haben, so daß da zu lesen war, ein höherer sächsischer Arbeiter hätte dem Abg. Südekum diese Erklärung gemacht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Pauli - Potsdam (b. l. Fr.) spricht über Zwangsinningen. Er bedauert, daß sich die Zwangsinningen kaum halten können, und daß neue wohl kaum würden gegründet werden. Redner wendet sich gegen den preußischen Handelsminister Möller, der den Oberpräsidenten von Brandenburg angewiesen habe, eine seiner früheren Entscheidungen über die Zugehörigkeit zur Innung zu ändern. „Wir halten“, führt Redner aus, „einen Befähigungsnachweis für das Baugewerbe auch für erwünscht.“ Zur Baukontrolle wollte man Arbeiter mithinzuziehen. Ich hege jedoch die Befürchtung, daß diese nicht unbefangen ihr Urtheil abgeben. Auch die Arbeitgeber würden zu unbefangenem Urtheilung mit Rücksicht auf die Konkurrenzverhältnisse nicht geeignet, nur die Gewerbe- und Fabrikinspektoren wären am besten imstande, die Baukontrolle auszuüben.

Präsident Graf Ballerstrem thelt mit, daß ihm ein Schreiben des Herrn Stellvertreters des Reichskanzlers zugegangen sei, nach welchem zu den Verhandlungen noch einige Regierungsräthe zugezogen wären.

Ein Regierungskommissar bemerkt dem Abg. Pauli gegenüber: In die Organisation der Zwangsinningen könnten solche Gewerbetreibende nicht einbezogen werden, die ihr Gewerbe fabrikmäßig betreiben. Die Trennung von handwerklichem und fabrikmäßigen Betrieben sei schwierig, doch lasse es die Regierung an Wohlwollen nicht mangeln.

Abg. Eiche (natl.) weist auf die äblichen Folgen des immer mehr zunehmenden Alkoholismus hin. Es sei ein dringendes Gebot des gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Interesses diesem Missbrauch durch ein Gesetz entgegenzutreten.

Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr: Antrag Bößermann betr. Kaufmännische Schiedsgerichte. Anträge der fr. Vg. und des Ctr. betr. Änderung des Wahlgesetzes. 2. Lesung des Toleranzantrages.

Abg. Schröder (fr. Vp.) bittet die Vertreter der Verbindeten Regierungen, bei den Verhandlungen betr. Änderung des Wahlgesetzes zahlreich anwesend zu sein, um zu hören, wie der Reichstag über dasselbe und die Gründe zu einer Änderung denkt.

(Schluß 6 1/4 Uhr.)

Aus der Provinz.

* Marienwerder, 28. Januar. Die naßkalte ungesunde Witterung glebt den Arzten viel zu thun. Im Dorfe Kanizken in der Marienwerder Oberniederung sind nicht weniger als 58 Kinder an Scharlach und Diphtheritis erkrankt. Aufsuchen des Vaterländischen Frauenvereins Gr. Nebra ist eine Schwester vom Roten Kreuz zur Pflege der erkrankten Kinder entsandt worden.

* Lözen, 28. Januar. Eine Schweine-Urgroßmutter wurde im Dorfe W. geschlachtet. Das Thier war 16 Jahre alt und hat 278 Nachkommen zur Welt gebracht, die dem Besitzer, einem Eigentümner, das nette Säumchen von über 1500 Ml. eingebracht haben. Zum saftigen Hochzeitsserben mußte der „Dickhäuter“ seine „darten“ Schinken hergeben.

* Lözen, 26. Januar. Die Sprache verloren hat hier ein junges Mädchen, wie das „M. Dampf“ meldet, in Folge eines Sturzes während des Glattes in vorheriger Woche. Es ist die 18jährige Tochter des Besitzers K. in L. Bis heute hat sie die Sprache noch nicht wiedererlangt und liegt schwer krank darnieder.

* Bartoschin, 26. Januar. (Schülerfreie.) Der „Kui. Bote“ berichtet: In dem zwei Kilometer von hier entfernten Dorfe Protoschin

besteht eine katholische Schule, die von ca. 120 Kindern besucht wird. Am Montag begann der Lehrer den Unterricht in gewöhnlicher Weise mit Gebet. Da ein Theil der größeren Kinder den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhält, so wurde das Vaterunser und der Englische Gruß zuerst in polnischer und dann in deutscher Sprache gebetet. Am Montag beteten auch alle Kinder in gewohnter Weise mit, so lange das Gebet in polnischer Sprache gesprochen wurde; als aber das Gebet in deutscher Sprache begann, verstummten die Kinder, so daß der Lehrer das Gebet allein zu Ende sprechen mußte. Auf Geheiß des Lehrers sollten nun die Kinder, welche den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten, ihre Plätze wie bisher in den vordersten Bänken einnehmen. Die Kinder verweigerten aber den Gehorsam und erklärten, sie wollten nicht mehr in deutscher Sprache antworten, vielmehr wollten sie auch den Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten haben. Auf näheres Befragen stellte sich nun heraus: Einige Knaben hatten vor Beginn der Schule vor dem Haustür Plätz genommen und jedem Kind gesagt, sie sollen nicht mehr deutsch antworten; von jezt ab müsse der Religionsunterricht in deutscher Sprache aufhören. Der „Bischof“ habe an den Gutsherrn geschrieben, dieser solle den Kindern an sagen, sie brauchen dem Lehrer in dieser Beziehung nicht mehr zu gehorchen.

* Gr.-Rostisko, 28. Januar. [Eine offizielle Natur.] Der Dachdecker T. fiel, als er das Schulhaus in M. deckte, so unglücklich herab, daß er von einer Stakete, die ihm in den Bauch drang, aufgespießt wurde. Aus seiner schwedenden Stellung mußte er sich, da nur Kinder zu Hause waren, selbst befreien, indem er die Latten abbog, was seine Schmerzen nur noch verschärfte. Kreiswundarzt D. vernähte ihm die Wunde. Doch glaubte niemand an sein Aufkommen. Ein echter Major stirbt aber nicht so leicht. Und so besserte sich auch der Zustand des T. von Woche zu Woche und heute ist T. wieder vollständig gesund.

Der Frack und seine Weltherrschaft.

Von Georg Müller-Linde.

(Nachdruck verboten.)

Von der Damenmode hören wir an allen Ecken jagen und singen. Immer und immer wieder wird sie beschrieben und erörtert, angeklagt und vertheidigt und eine Menge von Zeitschriften dienen ihr. Aber die Kleidung der Herren der Schöpfung wird schmähselig vernachlässigt. Es giebt wohl auch Journale für die Herrenkreis, aber ihr Leserkreis beschränkt sich auf die Schneide; und nur, wenn der Kunde sich zur Neuauflistung seines irdischen Leibes beim Schneider einfindet, gönnt er seinem Modebildern einen prüfenden Blick. In die breitere Öffentlichkeit dringt nur ab und zu eine Mitteilung darüber, daß der König von England eine neue Hut- oder Jackeform geschaffen, oder daß er so revolutionäre Unternehmungen gewagt habe, wie z. B. ein weiches Oberhemd zur Gala oder gelbe Schuhe zu einer gardenparty zu tragen.

Aber ist denn die Herrenmode der Aufmerksamkeit so ganz unwert? Durchaus nicht. Auch ihre Geschichte und Entwicklung bietet genug des Interessanten. Ein Beispiel dafür ist das Staats-, Fest- und Ehrenkleid der modernen Männerwelt, der Frack und seine Weltherrschaft.

Seine Weltherrschaft! Ja, von einer solchen darf man allerdings reden. Während die Kluft zwischen den verschiedenen sozialen Schichten, während die Gegensätze zwischen Arm und Reich sich besonders in den Großstädten unausgeglichen erweitern, wird die Männertracht bei allen Gesellschaftsklassen immer einsfürmiger und, die Wahrschheit zu sagen, immer langweiliger. Selbst die Chinesen und noch mehr die Japaner beginnen ja nun europäische Kleidung anzunehmen. Aber kein Theil der Männerkleidung findet eine so kosmopolitische Anwendung als eben unser Frack. Man mag rund um die Erde fahren, — man findet überall den Frack als die Uniform der Kellner und als die Gala-Kleidung höchst mächtiger und vornehmer Persönlichkeiten. Den Frack trug der französische Präsident, als er den Besuch des Barons empfing; den Frack trägt der gewöhnliche Arbeiter, wenn er als Fahnenträger an der Spitze seines Vereins einherstreitet, und der Student, der an einem Faschingszug teilnimmt, und der Kaufmann, der sich verheirathet oder seine Tochter zum Altare führt, und der Beamte, der bei Excellenz-Audienz hat, und Englands und Amerikas Klub-Aristokrat, wenn sie ihr Mittag einnehmen.

Immer und überall der obligate schwarze Schwalbenschwanz, und immer Gäste und Kellner in derselben Frack. Der Frack kann in Wahrheit demokratisch genannt werden.

Wie eigentlich dieses eigenhümliche Kleidungsstück entstanden ist und was seine allgemeine Herrschaft veranlaßt hat, das läßt sich nicht mit Sicherheit konstatiren, selbst nicht von Forchern auf diesem Gebiete. Die Schneider zu fragen, nutzt nun schon gar nichts, und selbst Poole in London, Sr. großbritannischen Majestät Peltschneider, der die teuersten und beständigen Fracke in der Welt herstellt, weiß darüber nichts zu sagen. Das Wort ist englischen Ursprungs; es bedeutet ursprünglich eine Mönchskutte und ging dann als Bezeichnung auf den Rock über, dessen Höhe der Kultur eben noch nicht erfüllte. Diese Form des Rocks scheint dann beim Militär zuerst allgemein Mode geworden zu sein, indem sie von der Kavallerie auch auf die Infanterie überging; und das militärische Beispiel dürfte den Frack allmählich auch für das Zivil fasshafte gemacht haben, wobei dann allerdings die Röckchen nicht mehr zurückgeklappt, sondern beschnitten wurden. Im Anfang galt der Frack immerhin als ein Symbol der Emanzipation von der allgemeinen Sitte und durch Goethes Werther wurde er gleichsam das Erkennungszeichen der schönen Seelen. Seinen Sieg verdaubt der Frack der französischen Revolution, die in ihrer Opposition gegen die Vergangenheit das bis dahin nicht anerkannte Kleidungsstück so eifrig begünstigte, daß eine Zeit lang sogar die Damen der Mode ein frackähnliches Kleidungsstück trugen. Bedenkt man, daß der Frack eigentlich nur ein beschnittener Rock ist, so sollte man eigentlich glauben, daß ein Frackanzug billiger sein müßte, als ein Rockanzug, da sich doch die Weste gut und gern aus den Stücken machen lassen muß, um die man den Rock verkürzt, damit er die edle Gestalt des Fraktes annähme. Doch würde ich nicht raten, Mr. Poole dies Rationalismus vorzutragen, denn er würde danach nur glauben, daß Du des edelsten Kleidungsstückes der Kulturmenschheit unwürdig bist.

Der Frack stammt wahrscheinlich aus England, und er findet bei den Engländern auch heut noch die weiteste Anwendung. Bei den Engländern, den Amerikanern und in allen englischen Kolonien ist der Frack die obligate Tracht bei der Mittagsmahlzeit, die bekanntlich immer am Abend eingezogen wird. Vor 6—7 Uhr Abends den Frack anlegen gilt für einen völligen Mangel an Lebensart. Abens aber ist seine Herrschaft uneingeschränkt, und wenn ein Gentleman sagt: "I am going to dress", so ist das nicht etwa dahin zu verstehen, daß er nun seinen nackten Adam einwickeln will, sondern es bedeutet: ich ziehe jetzt meinen Frack an zu einem untadeligen weißen Hemde und bringe die Kleidung durch eine ebenso untadelige weiße Kravatte zu höchster Vollendung. Vormittags einen Frack zu tragen, ist eine Undenbarkeit, und wenn Du etwa Vormittags heirathest, so mußt Du eben ohne Frack herathen.

Eine wesentlich abweichende Anwendung findet der Frack in Frankreich. An Frankreich schließen sich dann die anderen romanischen Länder, die Italiener und Spanier, sowie auch die alliierten Russen an, während im Orient bald die englische und bald die französische Mode besetzt wird. Auch in Frankreich ist der Frack das große Gesellschafts- und Theaterkleid, wenn auch nicht ganz so unbedingt wie in England; immerhin ist er auf einzelnen Plätzen der großen Oper in Paris ebenso de rigueur wie im Coventgarden-Theater in London. Aber der Frack schent in Frankreich das Tageslicht nicht, er ist auch am Vormittage comme il faut, und bei allen wichtigen Staatshandlungen, beim Empfang fremder Souveräne, bei der Entthüllung von Statuen, und sände sie selbst schon um 10 Uhr Vormittags statt, beim Hochzeitsfrühstück, — kurz bei allen feierlichen Anlässen präsentiert sich die ganze bürgerliche französische Welt im Frack. Dagegen haben die Kellner in Frankreich sich zu entzücken begonnen und sie brauchen jetzt öfters kurze Jacken und weiße Schürzen. Dies Beispiel ist auch bei uns befolgt worden. Über-

haupt stimmen unsere Fracken im allgemeinen mit den französischen überein. Immerhin sieht man bei uns im Theater nur ausnahmsweise und in Restaurants noch seltener den Frack; wir haben die volle Höhe der Kultur eben noch nicht erreicht.

Die Kravatte zum Frack muß in England allemal weiß und zwar von Battist sein, und oft nimmt man sie gern so klein wie nur irgend möglich. Weiße Alaskakravatten sind dem Kavalier comme il faut ein Greuel, da sie mit ihren Glanzlichtern und gelblichen Tönen den harmonischen Eindruck des bestrickten Menschen stören könnten. Die Franzosen hingegen brauchen bei kleineren Gesellschaften gern schwarze Kravatte, die dann aber vorreiterweise von Atlas sein muß, während die welt kleidsamere Lipschleife dem Smoking vorbehalten bleibt. Die Weste kann schwarz oder weiß sein und weiße, schwarze oder auch gelbe Knöpfe haben. Hier bleibt der relativ größte Spielraum für Variattonen, doch hat die weiße Weste zum Frack immerhin ihre Blüthezeit bereits hinter sich.

Die Fußbekleidung zum Frackanzug ist immer und überall dieselbe: schwarzer Lack, ob man nun Stiefel oder Halbschuhe trage. Auch die Strümpfe, falls sie etwa sichtbar werden, müssen schwarz von Farbe sein. Einzelne Versuche, hellere Farben einzuführen, sind ebenso schnell verschwunden, wie gekommen. Wenn erzählt wurde, daß der Prinz von Wales kurz vor seiner Thronbesteigung einem Feste im Frackanzug und gelben Schuhen begegnet habe, so ist das ganz gewiß eine Phantasia. Der Frack ist demokratisch, aber er ist zugleich konservativ, erstaunlich konservativ. Es gab einen heißen Kampf, um sein düsteres Schwarz durch seßliche Farben zu ersetzen, aber der Kampf war nur kurz, und der Frack feierte einen vollen Triumph. Er war, er ist, und der Himmel weiß, wie lange er uns noch erhalten bleiben wird, damit man ja nie Veranlassung habe, den modernen Menschen mit schöner gekleideten Männern aus anderen Zeiten zu verwechseln.

Rechtspflege.

Für die Verleihung des Sanitätsrathstitels ist bekanntlich der bisher erprobene Stempel von 300 Mark aufgehoben worden. Ein Sanitätsrat, der daraufhin um Zurückstellung der Stempelgebühr von 300 Mark ersucht, erhält ein von Vertretern des Kultus- und des Finanzministers unterzeichnetes Schreiben, wonach dem Antrage auf Zurückstellung keine Folge gegeben werden kann, "weil die Erhebung der Steuer den damals geltenden Grundsätzen entsprach". Eine rückwirkende Kraft könne der Vergütung, den Stempel für die Verleihung des Sanitätsrathstitels nicht mehr in Ansatz zu bringen, nicht beigelegt werden.

Das Pfandrecht der Vermietner. Der Präsident des Amtsgerichts Berlin I hat auf die Eingabe des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine über "Geschäftsrechte Pfandrecht des Vermieters" folgenden Bescheid ertheilt: Der frühere aussichtsführende Richter des Amtsgerichts I hat die Gerichtsvollzieher durch Verfügung vom 27. September 1887 lediglich darauf aufmerksam gemacht, daß der sein Pfandrecht geltend machende Hauswirth des Schuldners zu den bei der Zwangsvollstreckung Beteiligten gehört, denen auf Begehrung Einsicht der Gerichtsvollzieheralten gestattet und Abschrift einzelner Schriftstücke ertheilt werden muß. Die Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts I dachten mit Anweisung zu versehen, bei jeder Pfändung dem Hauswirth des Schuldners auch ohne ausdrückliches Verlangen eine entsprechende Mitteilung zu machen, bin ich nicht in der Lage, da eine solche Anweisung mit den bestehenden Vorschriften nicht im Einklang stehen würde. Nach § 55 der Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher hat der Gerichtsvollzieher

nur dem Gläubiger und dem Schuldner über den Verlauf der Zwangsvollstreckung Mitteilung zu machen.

Untreues Gesinde. Die §§ 19 und 20 der preußischen Gesindeordnung machen dem Gesindemärtler, der "untreues und untaugliches Gesinde" wissenschaftlich empfohlen, für den dadurch verursachten Schaden haftbar und stellen ihn unter Strafe. Die Vorinstanz hatte ein Dienstmädchen, welches nach seinem Dienstbuche in 1½ Jahren 12 Herrschaften gehabt, nach einem Zeugnis "fremde Männer mit in die Wohnung genommen" hatte, nach einem anderen Zeugnis "gewöhnlichen Anhang hat und täglich laufen will", als untreues Gesinde erachtet. Das Kammergericht sieht indeß nach der "Dtsh. Tageszeit." in einem Urteil vom 19. November 1900 als untreues Gesinde im Sinne der Gesindeordnung nur solches Gesinde an, das "in eigenmütiger Weise absichtlich oder wenigstens bewußt zum Nachteil der Herrschaft handelt, insbesondere dieselbe bestiehlt oder beträgt oder Sachen der Herrschaft unterschlägt".

Vermischtes.

Kaiser Wilhelm hat dem russischen Kaiser zur Erinnerung an die Zusammenkunft in Danzig einen Marine-Offizier-Dolch gewidmet. Der Griff, aus Eisenblech geschnitten, trägt den Namenszug des Herrschers mit Krone und als Abschluß die deutsche Kaiserkrone in reicher Biselierung; die Parierstange zeigt auf der Vorderseite den Namenszug des deutschen Kaisers, während auf der anderen Seite ein Adler in erhobener Arme ruht. Die Klinge, aus echtem Damaststahl geschmiedet, schmückt auf der einen Seite in vergoldeter Achtung die Widmung: Wilhelm II., Kaiser, König von Preußen, Seinem lieben Freund und Bester Nikolaus II. zur Erinnerung an die Zusammenkunft in Danzig. Auf der anderen Seite: Danzig, Rheda von Hela 11.—13. September 1901. Außerdem trägt die Klinge die Initialen beider Fürsten. Die stark vergoldete Scheide ist mit dem deutschen und russischen Reichsadler und mit reichen Verzierungen ausgestattet. Das Prachtstück ruht mit Koppel und Portepee in einem Behälter, dessen Deckel den Namenszug unseres Kaisers schmückt.

Einen Auflauf ereigte in Berlin gestern Vormittags um 10½ Uhr ein Soldat, der sich auf dem Alexanderplatz an der Ecke der Neuen Königstraße zu entkleiden und zu tödten versuchte. Der Mann riß sich Rock und Weste vom Leibe und warf sich vor einen Straßenbahnwagen. Ein Schuhmann vom 16. Revier sprang rasch hinzu und riß den Lebensmüden von den Schienen, so daß er unverletzt blieb. Der Gerettete wehrte sich aus Leibeskraften. Man erkannte bald, daß man es mit einem Geisteskranken zu thun hatte, und brachte ihn durch die Unfallstation X in der Alten Schützenstraße mit einem Krankenwagen nach dem Garnisonlazareth I in der Scharnhorststraße. Der Unglücksliche wurde festgestellt als ein Kanonier Schmall vom Fußartillerieregiment in Grauden, der sich vor sechs Tagen von seinem Truppentreffen entfernt hat. Schmall stammt aus Weihensee und diente im ersten Jahre.

Das Stammseidel des Herrn Bürgermeisters. In Peitschensham hat sich, wie der "Oberstl. Amt." berichtet, vor einiger Zeit ein "bedeutendes Ereignis" zugetragen. Das Stammseidel des Herrn Bürgermeisters ist mit Beschlag belegt worden und zwar in dessen Stammlokal durch den Ortsgendarmen. Die Ursache war sehr einfach. Das Bierglas des Stadtobenhauptes verfügte nicht über den erforderlichen Alkohol. Der Gendarm war aber der wohlgegründeten Ansicht, daß auch das Stammglas des Herrn Bürgermeisters geeignet sein muß. Der Einwand, das Glas sei Eigentum des Stadtobenhauptes, nützte auch nicht; denn der Gendarm führte aus, dies sei

gleichgültig; wenn der Herr Bürgermeister im Restaurant aus dem Glase trinke, sei der Alkohol nun einmal notwendig. Es erfolgte daher die Konfiszation des Glases. Jetzt prangt dasselbe wieder an gewohnter Stelle in dem Stammlokal, nachdem es mit dem Alkohol versehen worden ist.

Er hat kein Geld. Im Berliner Passage-Theater tritt seit einiger Zeit Michael Mayer als "stärkster Athlet" auf, der 1000 Mark aussetzt für den, der seine Gewichte heben kann. Das hat nun den "Athleten" Alex Meyer nicht ruhen lassen. Jugs ging er zu Castans Panoptikum und setzte ebenfalls 1000 Mark aus, falls jemand seine Gewichte nachheben könnte. Jedenfalls dachte er: Bei Michel Mayer magt es keiner, also wird es bei Alex Meyer auch keiner wagen. Am Sonntag Abend aber betrat plötzlich zwei Mitglieder des Athletenclubs "Virtus" die Herren Rippe und Eddinger, den Schauspiel und mühselig gelang es Herrn Eddinger, die Gewichte nachzuheben. Berechtigterweise verlangte er die ausgesetzten 1000 Mark, doch wurden ihm dieselben von Herrn Alex Meyer verwiegert, der ganz ruhig erklärte, "er habe kein Geld". Darob war natürlich Herr Eddinger sehr entrüstet und verlangte, einen der Direktoren des Panoptikums zu sprechen, die aber trotz eifriger Suchens nicht zu finden waren. Herr Eddinger hofft eine Erklärung des "Vorfalls" von Seiten der Direktion zu erhalten und will, falls ihm die 1000 Mark nicht baar ausbezahlt werden, den Klageweg betreten. Herr Michel Mayer vom Passage-theater steht mit, daß er nach wie vor den Preis von 1000 Mark für denjenigen aufrechterhält, der ihm seine Kunststucke nachmacht.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Frank in Thorn

Handelsnachrichten.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse.

Danzig, den 28. Januar 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Delfaaten werden nach dem notirten Preise 2 M. per Tonne sogenannte Taxozessionen unentbehrlich vom Käufer an den Verkäufer vergeben. Weizen per Tonne von 1000 Kilogramm.

inländisch hochwund weiß 703—761 Gr. — 170—80 Mt.

inländisch rot 750—756 Gr. 168—171 Mt.

transitio rot 732 Gr. 125 Mt.

Roggen per Tonne von 1000 Kilogramm per 714 Gr.

Normalgewicht inländ. grobkörnig 720 Gr. 146 Mt.

transitio grobkörnig 714 Gr. 107 Mt.

Gerste per Tonne von 1000 Kilogramm.

inländisch grob 638—715 Gr. 124—133 Mt.

Wicken per Tonne von 1000 Kilogramm.

transitio 152 Mt.

Häfer per Tonne von 1000 Kilogramm.

inländischer 145—152 Mt.

Kleesaat per 100 Kilogramm.

roh 90 Mt.

Bohnen per Tonne von 1000 Kilogramm.

inländische 143 Mt.

Grasen per Tonne von 1000 Kilogramm.

transitio weiße 120—145 Mt.

Mais per Tonne von 1000 Kilogramm.

transitio 92 Mt. bez.

Kleie per 50 Kilogramm. Weizen 3,85—4,35 Mt.

Der Vorstand der Produzenten-Börse.

Amtl. Bericht der Bromberger Handelskammer.

Bromberg, 28. Januar 1902.

Weizen 174—180 Mt., abfallende blaupiglige Qualität unter Notiz, feinste über Notiz.

Roggen, gesunde Qualität 150—153 Mt.

Gerste beste Qualität 120—125 Mt.

gute Branwaare 126—131 Mt.

Zuckerzucker 135—145 Mt.

Kocherbösen nom. 180—185 Mark.

Häfer 140—145 Mt., feinster über Notiz.

Donnerstag, den 6. Februar

Mittags 12 Uhr

im Amtszimmer des Herrn Stadtkämmerers, Rathaus I Treppen, anberaumt, zu welchem Pachtbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen und der neu festgesetzte Tarif, von welchem gegen 50 Pf. Schreibgebühren Abschriften ertheilt werden, liegen in unserem Bureau I zur Ansicht aus.

Die Bietungscaption beträgt 600 M. und ist vor dem Termine in unserer Kämmererkasse zu hinterlegen.

Thorn, den 18. Januar 1902.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Chaussee-gelderhebung auf der der Stadt Thorn gehörigen Culmer-Chaussee auf 3 Jahre, nämlich auf die Zeit vom 1. April 1902 bis 1. April 1905 event. auch auf ein Jahr haben wir einen Bietungstermin auf

Donnerstag, den 6. Februar

Mittags 12 Uhr

im Amtszimmer des Herrn Stadtkämmerers, Rathaus I Treppen, anberaumt, zu welchem Pachtbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen und der festgesetzte Tarif, von welchem gegen 50 Pf. Schreibgebühren Abschriften ertheilt werden, liegen in unserem Bureau I zur Ansicht aus.

Die Bietungscaption beträgt 600 M. und ist vor dem Termine in unserer Kämmererkasse zu hinterlegen.

Thorn, den 18. Januar 1902.

Der Magistrat

▲▲▲▲▲▲▲▲
Buchbinderarbeiten
Einbinden von Zeitschriften,
Büchern etc. etc.

werden zu billigsten Preisen ausgeführt. Näheres in der Expedition der Thorner Zeitung.

▼▼▼▼▼▼▼▼

Anspruch auf Befreiung heben:

- Die einzigen Ernährer hilfsloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern und Geschwistern;
- der Sohn eines zur Arbeit und Aussicht unsfähigen Grundbesitzers, Pächters oder Gewerbetreibenden, wenn dieser Sohn dessen einzige und unentbehrliche Hilfe zur wirtschaftlichen Erhaltung des Besitzes, der Pachtung oder des Gewerbes ist;
- der nächststehende Bruder eins vor dem Frinde gebliebener, oder an den erhaltenen Wunden gestorbenen, oder in Folge derselben erwerbsunfähig gewordenen oder im Kriege an Krankheit gestorbenen Soldaten, sofern durch die Zurückstellung den Angehörigen des leichten eine wesentliche Erleichterung gewährt werden kann;
- Militärschäfte, welchen der Besitz oder die Pachtung von Grundstücken durch Erbschaft oder Vermächtnis zugefallen, sofern ihr Lebensunterhalt auf deren Bewirtschaftung angewiesen und die wirtschaftliche Erhaltung des Besitzes oder der Pachtung auf andere Weise nicht zu ermöglichen ist;
- Inhaber von Fabriken und anderen gewerblichen Anlagen, in welchen mehrere Arbeiter beschäftigt sind, sofern der Betrieb ihm eins innerhalb des Militärschäftsjahrs vorangegangenen Jahres durch Erbschaft oder Vermächtnis zugefallen und deren wirtschaftliche Erhaltung auf andere Weise nicht möglich ist. Auf Inhaber von Handelshäusern entsprechenden Umfangs findet diese Vorschrift sinngemäße Anwendung.

Durch Belehrung eines Militärschäftsigen können Ansprüche auf Zurückstellung nicht begründet werden.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 15. Februar d. J. mir eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erfüllung persönlich vorstellen, oder aber, falls ihr Erwerb nicht möglich ist, die Erwerbs- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisarztes, die den Reklamationen beizufügen sind, nachweisen.

Alle Reklamationen, die der Erfüllung zur Begutachtung und Prüfung nicht vorgelegen haben, werden von der Ober-Erfüllungskommission in der Regel zurückgewiesen, sofern die Veranlassung zur Reklamation nicht erst nach beendeten Erfüllungsgeschäften entstanden ist.

Th